

Stellungnahme im Rahmen der Verbändebeteiligung für die neuen Kernlehrpläne der Sekundarstufe I in den Wahlpflichtfächern Wirtschaft, Sozialwissenschaften, Technik und Hauswirtschaft

An das

**Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW
40221 Düsseldorf**

Per E-Mail: KLPBeteiligung@msb.nrw.de

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Richter,
Sehr geehrte Damen und Herren,

die DVPB NW reicht seit gut zwanzig Jahren dezidiert ausgearbeitete Stellungnahmen im Rahmen von Verbändeanhörungen zu Lehrplänen ein.

Kurz vor den Landtagswahlen in NRW werden nun noch Lehrpläne für das Wahlpflichtfach Wirtschaft bzw. Sozialwissenschaften vorgelegt. Erneut wird der politische Lernbereich abgewertet.

Grundsätzlich sollte es an allen Schulformen auch ein Wahlpflichtangebot für Politik und für Gesellschaft oder für Sozialwissenschaften geben, um Lernenden ganzheitliche Perspektiven auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu eröffnen.

Während der ökonomische Bildungsanteil – auch ohne das Wahlpflichtfach – mittlerweile den Umfang eines Hauptfaches an der Schulen in NRW umfasst, wird der politische und insbesondere der gesellschaftliche Lernbereich von der Landesregierung sträflich vernachlässigt bzw. wurde sogar gekürzt.

Die disziplinäre Versäulung, die durch das Schulministerium im politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lernbereich forciert worden ist, beschreibt bildungspolitisch einen Rückschritt. Sie reagiert auch nicht auf die Kritik der Schulleitungen, die für eine innovative Schule mehr Möglichkeiten des interdisziplinären Lernens fordern.

Die Kritik gilt auch für die Änderungen in der Lehrkräftebildung (siehe Lehramtszugangsverordnung NRW), in der der Lernbereich „Gesellschaft“ erheblich beschnitten worden ist. Das führt zu einer De-Professionalisierung der Lehrkräfte,

weil sie die gesellschaftliche Perspektive berücksichtigen sollen, ohne im Studium eine fundierte fachwissenschaftliche und fachdidaktische Expertise erwerben zu können.

Die Art und Weise, mit der das Schulministerium die Verbändeanhörung „durchprügelt“, zeugt davon, wie wenig das demokratische Instrument der Verbändeanhörung geschätzt und respektiert wird. Vor allem für ehrenamtlich arbeitende Verbände sind die kurzen Fristen kaum zu bewältigen. Die Politik des Schulministeriums fördert hiermit eine Entwicklung, die politische Partizipation beinahe nur noch großen Lobbyverbänden ermöglicht. Zivilgesellschaftlich-ehrenamtliches, demokratisches Engagement wird auf diese Weise ausgehöhlt.

Die DVPB NW ist der größte (ehrenamtlich arbeitende) Verband der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen. In unserem Verband sind Menschen aktiv, die über eine sehr breite Expertise im Bereich der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen (sozialwissenschaftlichen) Bildung verfügen. Diese haben wir in vielen Stellungnahmen eingebracht. In den letzten Jahren haben wir festgestellt, dass die Verbändeanhörung kaum noch Auswirkungen auf die Überarbeitung von Lehrplänen hat.

Für ein Gespräch stehen wir gerne weiterhin zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorstand der DVPB NW
i.V. Bettina Zurstrassen